

URGENT ACTION

MUTTER UND KIND DROHT INHAFTIERUNG IN STRAFLAGER

NORDKOREA

UA-Nr: **UA-253/2017-1** AI-Index: **ASA 24/7534/2017** Datum: **5. Dezember 2017** – sd

Frau **LEE SU-JUNG** (in China verwendeter Name), 24 Jahre
Ihr **4-JÄHRIGES KIND**

Am 17. November wurden Lee Su-jung und ihr vierjähriger Sohn nach Nordkorea abgeschoben, nachdem sie zuvor fast zwei Wochen im chinesischen Shenyang inhaftiert waren. Lee Su-jung drohen willkürliche Inhaftierung, Folter und andere Misshandlungen oder gar die Hinrichtung.

Lee Su-jung und ihr Sohn werden momentan gemeinsam mit acht weiteren aus China abgeschobenen Nordkoreaner_innen in einer Hafteinrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit (ehemals Abteilung für Staatssicherheit) in Sinuiju festgehalten. Die Behörden stehen mit ihrer Familie in Kontakt. Sie beschuldigen Lee Su-jung des Landesverrats, da sie ihr Land verlassen hat.

Der Ehemann von Lee Su-jung, Lee Tae-won, erhielt von einem Freund die Nachricht, dass sie und ihr gemeinsamer Sohn am 17. November in die Grenzstadt Sinuiju gebracht worden seien. Zuvor seien sie 13 Tage im chinesischen Shenyang und wahrscheinlich auch in Dandong inhaftiert gewesen. Dieselbe Kontaktperson berichtete außerdem, dass Lee Su-jung in schlechter gesundheitlicher Verfassung sei und dass sie und ihr Sohn gemeinsam mit den acht weiteren aus China abgeschobenen Nordkoreaner_innen Anfang Dezember in eine andere Stadt in Nordkorea verlegt werden könnten.

In Nordkorea gilt Landesverrat als Verbrechen gegen den Staat und fällt somit in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Staatssicherheit. Dieses betreibt auch sämtliche politischen Straflager in Nordkorea. Die Wahrscheinlichkeit, dass Lee Su-jung, ihr Sohn und die anderen abgeschobenen Nordkoreaner_innen ohne faires Gerichtsverfahren in eines dieser Lager überstellt werden, ist hoch. Dort drohen ihnen Zwangsarbeit, Folter und andere Misshandlungen. Außerdem droht Lee Su-jung die Hinrichtung, da in Nordkorea Personen, die des Landesverrats bezichtigt werden, ab dem 18. Lebensjahr mit dem Tode bestraft werden können.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Februar 2014 legte die UN-Untersuchungskommission für Menschenrechte in Nordkorea ihren Bericht vor, der dokumentiert, dass in Nordkorea systematisch weitreichende und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Zahlreiche Personen bzw. Familien fliehen aus Nordkorea, um politischer oder religiöser Verfolgung zu entkommen. Nordkoreaner_innen haben aufgrund ihrer verzweifelten Suche nach Lebensmitteln und Arbeit oft keine andere Möglichkeit, als die chinesisch-nordkoreanische Grenze illegal zu überqueren.

China betrachtet Nordkoreaner_innen ohne regulären Aufenthaltsstatus grundsätzlich als Wirtschaftsmigrant_innen und nicht als Asylsuchende. Wenn diese Personen aufgegriffen werden, werden sie nach Nordkorea abgeschoben. Laut Angaben aus verschiedenen Quellen, unter anderem von Human Rights Watch, hat China seit Juli 2017 mindestens 51 geflüchtete Nordkoreaner_innen inhaftiert. Von den geschätzten 102 Nordkoreaner_innen, die seit Juli 2016 in China inhaftiert wurden, sind mindestens 47 nach Nordkorea abgeschoben worden (einschließlich der zehn Personen, auf die sich diese Urgent Action bezieht).

Den Angaben ihres Ehemanns zufolge ist Lee Su-jung wegen Landesverrats angeklagt. Nach dem Strafgesetzbuch von Nordkorea kann Landesverrat mit Zwangsarbeit oder dem Tod bestraft werden. In Nordkorea gilt Landesverrat als Verbrechen gegen den Staat und fällt in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Staatssicherheit. Das

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Urgent Actions
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Ministerium für Volkssicherheit ist dagegen für gewöhnliche Straftaten, die allgemeine Überwachung sowie den Regelvollzug zuständig. Das Ministerium für Staatssicherheit (bis Juni 2016 noch Abteilung für Staatssicherheit) ist demgegenüber eine eigenständige Behörde der nordkoreanischen Regierung, die direkt Kim Jong-un unterstellt sein soll. Sie betreibt sämtliche politische Straflager in Nordkorea und unterhält eine Grenzsicherungsstelle, zu deren Aufgaben die Identifizierung von Personen gehört, die versuchen, aus dem Land zu fliehen.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Geben Sie bitte sofort eine offizielle Erklärung über den Verbleib von Lee Su-jung, ihrem Sohn sowie den acht weiteren aus China abgeschobenen Nordkoreaner_innen ab.
- Sorgen Sie unbedingt dafür, dass Lee Su-jung und die anderen der Gruppe bis zu ihrer Freilassung vor Folter und anderer Misshandlung geschützt sind und regelmäßigen Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung erhalten.
- Lassen Sie Lee Su-jung und die anderen der Gruppe bitte umgehend und bedingungslos frei, sollten sie nicht unverzüglich einer international als Straftat anerkannten Handlung angeklagt und in einem Verfahren vor Gericht gestellt werden, das den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren entspricht und in dem nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird.

APPELLE AN

MINISTER FÜR STAATSSICHERHEIT

Kim Won-hung
Ministry of State Security
Pyongyang
DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK NORDKOREA
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)

AUSSENMINISTER

Ri Yong-ho
Ministry of Foreign Affairs
Pyongyang
DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK NORDKOREA
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Twitter: @uriminzok (Offizieller Twitter-Account von Nordkorea)

KOPIEN AN

VERTRETER NORDKOREAS BEI DEN VEREINTEN NATIONEN IN NEW YORK

Mr Ja Song-nam
Permanent Mission of the Democratic People's
Republic of Korea in New York
820 Second Ave, 13th Floor
New York, NY 10017, USA
(Anrede: Dear Ambassador / Exzellenz)
Fax: (00 1) 212 972 3154
E-Mail: dpr.korea@verizon.net

BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIK NORDKOREA

S.E. Herrn Nam Yon
Glinkastraße 5-7
10117 Berlin
Fax: 030-226 519 29
E-Mail: info@dprkorea-emb.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **16. Januar 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-253/2017 China** (ASA 17/7454/2017, 15. November 2017)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Calling on the authorities to immediately provide official notification regarding the whereabouts of Lee Su-jung, her son and the other eight North Koreans who were forcibly returned from China.
- Urging them to ensure that Lee Su-jung and the rest of the group are protected from torture and other ill-treatment, and have regular access to appropriate medical care during detention.
- Asking the authorities to release Lee Su-jung and the rest of the group, unless they are charged with an internationally recognizable criminal offense and promptly tried in proceedings which meet international fair trial standards, without recourse to the death penalty.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG

In den vier politischen Straflagern, die bekannt sind, sind bis zu 120.000 Personen inhaftiert. Diese sind Zwangsarbeit, vorsätzlichem Nahrungsentzug, Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt. Laut dem Bericht der UN-Untersuchungskommission für Menschenrechte in Nordkorea sind manche dieser Menschenrechtsverletzungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen. Trotzdem wurde nicht bekannt, dass die nordkoreanische Regierung seit der Veröffentlichung des Berichts zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Viele der in den Lagern Inhaftierten wurden nie wegen einer international anerkannten Straftat verurteilt. Vielmehr wurden sie willkürlich inhaftiert, weil sie entweder mit Personen verwandt sind, die als Gefahr für den Staat eingestuft werden oder sie gelten als „schuldig aufgrund von Verbindungen“.

Trotz der Berichte von Personen, die in diesen politischen Straflagern Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, leugnet die nordkoreanische Regierung deren Existenz. Satellitenbilder zeigen dagegen, dass die Lager auch weiterhin in Betrieb sind.

